

Freie Presse

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1921 Nr. 264 Jahrgang 214

Bezugspreis: In 264 und sonstige Bezugs monatlich Mk. 1,60, vierteljährlich Mk. 4,80, halbjährlich Mk. 9,60, jährlich Mk. 19,20. Postamtliche Zustellung. — Morgen-Ausgabe. Anzeigenpreis: Die Spalte 3 mm breit 1 mm hoch 10 Pf. Die Spalte 9 mm breit 1 mm hoch 20 Pf. — Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 80. Fernruf Amt Kurier Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlan u. Druck von Otto Heile, Halle-Saale

Deutsche Oberschleifenforderung

Der internationalisierte Aktionsplan

W. Berlin, 13. Juni.
Die internationalisierte Kommission hatte vor einigen Tagen einen Aktionsplan ausgearbeitet, der die letzten fünfzig Jahre des Aufwands durch die politischen Konflikte und durch den deutschen Selbstschutz vor sich führt. Danach sollte das Gebiet im Verhältnis 4:1 geräumt werden, d. h. die Invasoren sollten ein viermal so großes Gebiet räumen als der deutsche Selbstschutz. Der deutsche Selbstschutz sollte, bevor er nicht in der Lage sei, das Gebiet zu räumen. Man sollte darauf einen zweiten Plan aufstellen. Danach sollte der Selbstschutz in seinen bisherigen Stellungen bleiben, bis der Aktionsplan durchgeführt ist. Dieser Plan wurde dem General Staff vor dem Reichstag vorgelegt, doch mit dem Reichstag in Verbindung treten, um über die Ausführung des Planes zu beraten. Der Reichstag sollte darauf folgende Bedingungen:

1. katastrophale Entzweiung und Entfernung der landstremenden Truppen und Bände.
2. wirksame und wirksame Sperrung der Grenze.
3. Errichtung einer starken Polizeitruppe, in die nur solche Leute aufgenommen werden, die sich nicht mittelbar oder unmittelbar an einem früheren Aufstand beteiligt haben.
4. keine Amnestie.
5. wirksamer Schutz für die deutsche Bevölkerung.
6. ausreichender militärischer Schutz für die industriellen Anlagen.
7. GS sind Anzügen zu schaffen, die aus der Durchführung sich ergebenden Wagnisse überwinden.

Diese Bedingungen haben gestern festgefunden und werden heute fortgesetzt.

dem Ansehen der internationalisierten Kommission das entsprechende, plündernde Verordnen. Die Invasoren unterliegen würden. Die Abführung der internationalisierten Truppen, mit dem deutschen Selbstschutz gemeinsam das infurierte Gebiet Oberschleifens zu säubern, und die Einberufung des Selbstschutzes an jeder Vorkampfbewegung zur Rettung der notleidenden Heimat bildete für Schleifen und das Deutsche Reich ein schweres Enttäuschung. Trotzdem sind wir, getrieben auf offizielles sachdienliches Urteil, der festen Überzeugung: Wenn an leitender Stelle der Wille zu entschlossenem Handeln besteht, so sind, selbst wenn die Invasoren den Versuch des Widerstandes gegen die internationalisierte Kommission wagen sollten, die zugehörigen Invasoren in der Lage, die Invasoren zu vernichten, und gegenüber diesen unbillig plündernden, militärisch geringwertigen Bänden den Rechtsaufstand in Oberschleifen als bald wieder herzustellen. Durch sofortige Befreiung des Anführers, in dem die höchsten Werte der Gefahr der Vernichtung ausgesetzt sind und in dem der Wert der Aufwärtsbewegung liegt, und gleichzeitig oder sofort danach durch Abführung der Grenzübergänge von Oberschleifen nach Polen.

Nur durch solches schnelles Handeln ist eine wenigstens teilweise Befreiung der schwebenden Bänder denkbar, nur auf diesem Wege ist es möglich, ihnen wenigstens einen Teil ihrer ungeheuren Beute noch zu entreißen, nur so ist der Gefahr vorzubeugen, daß nach seiner Abreise Zurückgebliebenen der Aufstand in kürzester Frist in voller Schärfe wieder ausbricht. In diesem internationalisierten Truppen aber durch die Invasoren der letzten fünfzig Jahre der Invasoren weicher Zeit, so kann und wird sich nur folgendes Ergebnis haben:

Mit allen Waffen, mit Beute schwer beladen, ziehen sich die Invasoren plündernd, fegend und mordend nach Konzeptionen zurück (von wo sie entgegen den Schutzplänen über eine Sperrung der Grenze geflüchtet durch die belastete Grenze, gebildet von den französischen Truppenkontingenten, in Oberschleifen eingekesselt sind). — Auf ihrem Rückzuge werden blutige Kulturwerte von höchster wirtschaftlicher und historischer Bedeutung zerstört. — Aller Orten werden schon heute Brandbrände und gestörte Anbauwerke, Gefährdungen und Brände als graue Signale einer traurigen Zukunft.

Wie ist ein friedliebendes, arbeitsfrohes und glückliches Land in brutaler Weise geplündert und geschändet worden. Wie wohl auch die militärische Ehre von Großmännern, die — ungelassen — Schutzgepflogenheiten übernommen haben, hinter angestrichelt werden.

Nur berufene Vertreter der größten Selbstverwaltungsbewegungen Schleifens, das durch tausendfache Bände des Blutes und des Herzens mit seinen jetzt den Invasoren ausgelieferten Zeiten verhandelt ist, erheben wir gegen die Politik der Invasoren. — In diesem Sinne an die Exekutive. Wir wollen uns nicht mit dem gegenwärtigen Vorgehen, sondern auch mit allen bekannten und gerecht empfindenden Elementen der übrigen zivilisierten Welt, wenn wir ungenügend angefaßt der sich täglich fortsetzenden Verführung an die Exekutive. — In diesem Sinne an die Exekutive. Wir wollen uns nicht mit dem gegenwärtigen Vorgehen, sondern auch mit allen bekannten und gerecht empfindenden Elementen der übrigen zivilisierten Welt, wenn wir ungenügend angefaßt der sich täglich fortsetzenden Verführung an die Exekutive. — In diesem Sinne an die Exekutive.

den Sachverständigen die besten Fingerzeige geben. Aber weiter darf man im Augenblick nicht gehen. Rathenau ist nicht, wie man hätte annehmen können, mit seinen Beschlägen und einem vollständig ausgearbeiteten Plan nach Weibach gekommen. Es handelt sich nur um einen Gedankenentwurf, um weiter nichts. Der Vertreter Rathenau, Herr Wolf, wird, wie „Reit Karrieren“ antizipiert, in Paris die begonnene Verhandlung fortsetzen.

Landwirtschaft und Siedlung

Von Dr. Carl Max Friedrich Ellen von Braun, Präsidenten des Reichslandwirtschaftsrates, B. d. R.
Die deutsche Volkswirtschaft ist nach Annahme des Ultimatus auf Abgaberte unter ein endgültiges Zwangsmaß gebogen, so daß von einer wirklich freien Entwicklung unleserlich wirtschaftlichen und deshalb auch unleserlich politischen Lebens vorläufig nicht die Rede sein kann. Die von außen her einwirkenden automatischen Gemungen jeder freien Entwicklung in Form von Ausfuhrabgaben und Verzählungen, die uns unter dem Damoklosschwert drohender Gewaltmaßnahmen zwingen, die Wirtschaft auf Zahlungstermine einzustellen, weilen die Wirtschaftsführung anscheinend in Bahnen, die nur mit sogenannten großzügigen Programmen betreten werden dürfen. Ein derartiges Programm wird uns nach den Anforderungen des neuen Reichslandestages demnach vorgelegt werden und scheint sich vor allem auf umfangreiche Steuerreformen zu beziehen. Wirtschafts-theoretiker glauben den Moment gekommen, um längst abgelehnte Lieblingspläne wieder aus dem Schreibrüst hervorzuziehen, wo sie zum besten unserer Wirtschaft bisher ein verhältnismäßig unerschöpfliches Material fürten. Auch die Landwirtschaft wird man nicht verschonen, und es erhebt sich gegen, zu einer Frage Stellung zu nehmen, die unsere Landwirtschaft sehr bedeutsam angeht, und die bisher jenseit ohne ihre wesentliche Mitarbeit, ja zum Teil gegen ihren Willen, betrieben worden ist. Ist die „innere Kolonisation“ tatsächlich ein Ausweg aus einer wirtschaftlichen Augenblicks-lage, die auf Schritt und Tritt unter Bevölkerungswachstum in seinen Kern droht? Sowie gibt jeder national empfindende deutsche Landwirt zu, daß von der zufünftigen industriellen Entwicklung nicht viel mehr zu erwarten ist, als Leistungsleistungen für die Schuldverpflichtungen an den Feindbund, und daß unser Bevölkerungswachstum stärker als bisher von Lande und von der Landwirtschaft her gestützt und gefördert werden muß. In diesem Sinne haben führende Landwirte, n. a. der Freiherr von Wangenheim, noch letzten auf der Generalversammlung der Gesellschaft zur Förderung der inneren Kolonisation dem Grundgedanken der ländlichen Siedlung durchaus zugestimmt, und der Reichs-Landbund hat nicht nur in seiner Zentrale, sondern auch fortwährend in seinen Provinzialstellen Siedlungsabteilungen eingerichtet. Selbstverständlich wird die der Landwirtschaft feindliche Presse alle diese Bemühungen als Zielstreue des Feindes, nachdem sie große Siedlungsgesellschaften als Mitglieder des Bundes der Landwirte oder ähnlich bezeichnet hatte. Da diese Presse aber bereit ist, Großgrundbesitz und Bauer gegeneinander zu begeh, die Spaltung zwischen Stadt und Land bei jeder nur erdenklichen Möglichkeit zu vertiefen, verdienen solche Anfeinerungen von reinen Wirtschaftsstandpunkten aus keine besondere Beachtung, um so mehr haben die besuht an der Förderung der Produktion arbeitenden landwirtschaftlichen Kreise heute Veranlassung, sich ernsthaft mit den anerkannten Sachverständigen der Siedlung auseinanderzusetzen. Das geschieht heute bisher in viel zu geringem Umfange. Einen Anfang bildet der Interaktions für Siedlungsstellen im vorläufigen Reichslandwirtschaftsrat, und eine weitere Möglichkeit bietet die durch das Reichs-Siedlungsgesetz geforderte enge Zusammenarbeit zwischen den gemeinnützigen Siedlungsstellen und den zur Vereinfachung des Siedlungslandes verpflichteten Organisationen des Großgrundbesitzes, den Landbesitzerverbänden, von denen neuerdings einige sogar dazu übergegangen sind, durch Kreditgewährung und Kapitalbeteiligung bei den Siedlungsgesellschaften, also weit über ihre gesetzliche Pflicht zur bloßen Landabgabe hinaus, praktisch im Siedlungsnetz mitzuarbeiten. Die Landwirtschaft muß es auf das höchste absehen, daß mit dem Begriff Siedlung ähnlich übertriebene und einander widerwärtige Vorstellungen in der breiten Öffentlichkeit gewahrt werden. Erfolgreiche Siedlungspolitik Wohnungspolitik sowie Fortschrittssiedlung andererseits ist notwendig. Das im August 1919 von der Nationalversammlung unter voller Zustimmung der in ihr vertretenen Landbesitzer beschlossene Reichs-Siedlungsgesetz muß die Grundlage für die Innenkolonisation bilden. Es ist leider nicht überflüssig, die kleinbäuerliche Selbstverständlichkeit zu betonen. Das Reichs-Siedlungsgesetz ist unter fortwährender Berücksichtigung der wirtschaftlichen Möglichkeiten einer umfassenden Neuweisung fähig zu bekommen, erhielt aber leider im letzten Augenblick eine in den Ausfuhrabgaben nicht vorgebereitete und damals leider nur von wenigen ex-

Geheimniskrämerei der Reichsregierung

Rathenau-Loucheur

Der Reichsminister für Wieder Aufbau Dr. Rathenau hat sich mit Rathenau begeben, um mit dem französischen Minister für die besetzten Gebiete Loucheur zu wichtigen Verhandlungen zusammenzutreten. Gestern wurden die Fragen der Wirtschaftslage im Zusammenhang mit dem Reparationsproblem in fünfzigfacher verlässlicher Ausdehnung erörtert. Es kamen dabei die Fragen der Sachleistungen, Arbeitsleistungen und Finanzleistungen zur Sprache. Heute soll eine Reihe von einzelnen Fragen erörtert werden. Nebenabhandlung beruhte in dem Besonderen, die Aufgaben des Wieder Aufbaus der zerstörten Gebiete in großem Maße sind in verhältnismäßig Tempo zu fördern.

Es ist zu erwarten, daß die Verhandlung durch das R. V. S. gefördert wird. Als erstes einmal hat die Begabung von Rathenau statt abzugeben, daß eine derartige Zusammenkunft überaus fruchtbar ist. Es wurde sogar behauptet, Rathenau hätte niemals Paris verlassen. Zweitens hätte die Reichsregierung sich auch jetzt noch in ein nichtiges Schwärzen zu lassen. Denn das, was sie veröffentlichen will, ist doch nur das Dementi ihres Dementis, worum es sich wirklich handelt und was das Ganze bedeutet, erklärt man nicht.

Man muß sich vor dem Gedanken setzen, was die Reichsregierung mit allem gesprochen. Und die hätte sicher kein Wort darüber zu lassen lassen, hätten nicht die französischen Blätter den Scheitererklärt und die Regierung liegen gelassen. Und nun, da die Rathenau nicht mehr abzugeben will, verhandelt man mit nichtigenden Personen abzugeben, so daß man sich, weil man nicht mehr darüber erfahren kann, was sich wirklich zugetragen hat, einseitig gefälschte Berichte stellen muß. Und dann wundern man sich noch an mangelnder Hilfe, wenn durch solche Ländere Verwertung ins Volk getrieben wird, was ausgeführt werden sollte. Hätte man vorzugsweise Klipp und Klar auseinanderzusetzen, worum es sich handelt und ausschließlich über diesen

wichtigen Schritt beruht. Wenn aber die Regierung nicht glaubt, mit demartigen Mitteln die „Ziel“ zu erreichen, dann ist sie grundsätzlich auf dem Holzwege. Wo ein klarer Wille ist, da ist auch ein klarer Weg. Diese Art von Geheimniskrämerei ist höchst schädlich.

Einem Vertreter des „Matin“ in Wiesbaden gegenüber äußerte sich Loucheur selbst über die Unterredung mit Rathenau:

Wir sind auf dem Gebiet der Allgemeinbehalten verbleiben. Wegen sehr werden wir in die Details übergehen. Obenwärtig kann ich nur sagen, daß ich in Rathenau, den ich zum ersten Male gesprochen habe, einen Menschen fand, der von den besten Absichten besetzt ist und der den deutschen Willen hat, zu behaupten, daß die Unterredung Deutschlands mit diesem Selbstherrlichen werden muß. Als Geschäftsmann wie Rathenau die politischen Ziele finden, um zum Ziele zu gelangen. Ich werde mit ihm eine neue Verhandlung heute nachmittag und morgen zwei weitere haben. Man muß die Erörterung der Einzelheiten abwarten, um eine vollkommene Übersicht über die möglichen Ergebnisse dieser Verhandlung zu haben.

Seine Wille Loucheur bei oder über Wille, die im Besonderen interessierten mit Rathenau diskutieren, und zwar: die Wiederherstellung des von Deutschland während des Krieges beschlagnahmten Industriematerials, worüber schon seit langem Verhandlungen mit der deutschen Regierung führten, die Wiederherstellung des Reichs und des Viehes und endlich die Wiederherstellung des Bodenschatzes.

Ueber die Verhandlungen am Sonntag nachmittag äußerte sich Loucheur folgendermaßen:

Ich bin von diesen Zusammenkünften mit einem Menschen, der in allen seinen und wirtschaftlichen Problemen sehr erfahren ist und welcher ich mir sehr wünsche, mit ihm in der nächsten Zeit einen klareren Ansicht bekommen habe — von den besten Absichten besetzt ist sein Gesicht, sehr zufrieden. Das sind sehr nützliche, ja sogar unumgängliche notwendige Verhandlungen, um zu irgendeinem Ergebnis zu gelangen. Es können in nächster Weise mit Vertretern Rathenau's in Paris fortgesetzt werden und können

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt

urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192106141-17/fragment/page=0001

DFG

